

Kurze Darstellung und Analyse der indonesischen Gewerkschaften

Die bedeutendste Zäsur in der indonesischen Nachkriegsgeschichte, auch für die Gewerkschaften*, ist die Machtergreifung des Militärs nach dem 30.9. 1965, im Zuge derer Militär und islamische Gruppen sich ihrer ideologischen Gegner entledigten. Eine ungeheuer große Zahl – die Schätzungen gehen von 500.000 bis 1 Mio. – von Kommunisten und solchen Menschen, die dafür gehalten wurden, fielen ihr zum Opfer¹, auch ein großer Teil der bei dem bis dahin mächtigsten Gewerkschaftsbund SOBSI organisierten Gewerkschafter. SOBSI wurde verboten, die überlebenden Mitglieder und Funktionäre – so sie nicht ohnehin inhaftiert waren – erhielten Organisationsverbot. Damit war über die Hälfte der damals stark differenzierten Gewerkschaftsbewegung ausgeschaltet. Übrig blieben nur noch Gewerkschaften islamischer (v.a. GASBIINDO), nationalistischer und sonstiger Orientierungen, auch einige unabhängige (v.a. Lehrer und Eisenbahner).

Die neuen indonesischen Machthaber änderten den alten – im weitesten Sinne als linksnationalistisch zu bezeichnenden – Kurs und integrierten Indonesien ins industriekapitalistische System. Dessen Repräsentanten begrüßten das neue Element mit einer fast umgehenden Kreditvergabe und Investitionstätigkeit in allen bedeutenden Sektoren². Auch die BRD mochte nicht abseits stehen bleiben (wenn auch ihre Industrievertreter erst einmal abwarteten, ob die "neue Ordnung" das an Stabilität hielt, was das Militär versprach). Im Gewerkschaftssektor half die Friedrich-Ebert-Stiftung bei der Neustrukturierung und Vereinheitlichung der noch verbliebenen Organisationen.

Schon unter der "alten Ordnung" hatte es seitens der Regierung Versuche gegeben, auf Vereinheitlichung hinzuwirken; unter der "orde baru" wurden solche massiv vorangetrieben. Nach einigen zu diesem Zweck gegründeten Kommissionen kam es am 20.2. 1973 zur Bildung von FBSI – Federasi Buruh Seluruh Indonesia (Bund der Arbeiter Ganz-Indonesiens). Dabei sind es meh-

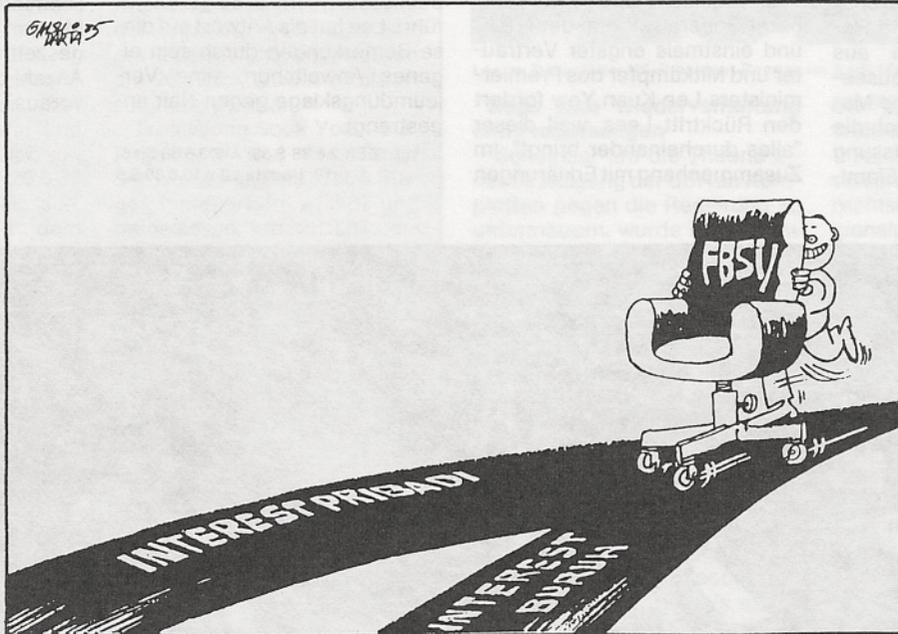
re Faktoren, die deutlich machen, daß von einer eigenständigen Entwicklung nicht die Rede sein kann:

a) FBSI wurde nach dem Vorbild des DGB strukturiert, also einem Bund von Industrie-Einheitsgewerkschaften, während es bis 1965 Gewerkschaften und Gewerkschaftsbünde sowohl des gesamten ideologischen Spektrums als auch unabhängiger Art gab. Dementsprechend groß waren übrigens die

Wochen nach seiner Gründung reichte FBSI eine Liste der Einzelgewerkschaften nach (INDOC 1981, S. 88).

d) Der neue Gewerkschaftsbund wurde auf die Staatsideologie Pancasila ausgerichtet – darauf, was das für Gewerkschaften bedeutet, wird noch eingegangen.

Vor der eigenen Öffentlichkeit und der des westlichen Auslands sollte der Anschein einer von den Gewerkschaften selbst ausgehenden Entwicklung erweckt werden, indem GASBIINDO, dessen Mitglieder sich an der Verfolgung von Kommunisten beteiligten, als Initiator auftrat. In der Folgezeit wurde FBSI konsequent zum einzigen Gewerkschaftsbund ausgebaut, der – sofern das Arbeitsministerium nicht direkt in die Arbeitsbeziehungen eingriff, als Transmissionsriemen zwischen Regierung und Unternehmen auf der einen und den Arbeitern und An-



aus: KOMPAS, Nov. '85

Privatinteressen oder Arbeiterinteressen? – FBSI

Schwierigkeiten, die auch nach Ausschaltung von SOBSI noch sehr vielfältigen Organisationen in das verordnete Schema zu pressen.

b) Diese Straffung war und ist ein Teil einer mittlerweile stark vorangetriebenen Zentralisierungspolitik der Regierung, der gleichzeitig auch die verbliebenen politischen Parteien unterworfen wurden (Gesetz Nr. 3/1975).

c) Eine gewerkschaftliche Basis war an der Gründung nicht beteiligt³. Erst

gestellten auf der anderen Seite diente. Ein Schritt in eine noch straffere Zentralisierung erfolgte Mitte der 80er Jahre, als Agus Sudono⁴ ein Konzept zur Stärkung des Gewerkschaftsbundes gegenüber den Einzelgewerkschaften anstrebte, das deren bis dato noch bestehenden Spielraum einschränken sollte. Zu einem direkten Eingriff der Regierung kam es dann zur Überraschung selbst von Kennern der Gewerkschaftsszene auf dem 2. Kongreß von

Anmerkung *

Um langatmige Definitionen, was in Indonesien und was hier unter Gewerkschaften zu verstehen ist, zu vermeiden, bezeichne ich im folgenden mit "Gewerkschaft" jede Organisation, die sich selbst so nennt.

FBSI im November 1985. Der Arbeitsminister Sudomo setzte das zentralistische Konzept durch und kurzerhand den Vorsitzenden des Unternehmerverbandes, Drs. Imam Soedarwo, zum Vorsitzenden des gleichzeitig umgebildeten FBSI, nun SPSI – Serikat Pekerja Seluruh Indonesia (Bund Aller Arbeiter Indonesiens) – ein. Organisatorisch bedeutet dies die Aufgabe der föderalistischen Struktur zugunsten einer zentralistischen; die einst 21 Industriegewerkschaften wurden zu bloßen Abteilungen, nur noch 9 an der Zahl. Die Anzahl der Vorstandsmitglieder wurde von 33 auf 16 Mitglieder reduziert, reduziert wurden damit auch Repräsentationsmöglichkeiten⁵.

FBSI / SPSI

Der hier angesprochene Zentralisierungseffekt, der scheinbar den Reihen der Gewerkschaften selbst entsprang, ist jedoch im Zusammenhang mit der allgemein vorangetriebenen Politik der "orde baru" zu sehen, die auf dem Primat der Zentralgewalt und einer Entpolitisierung breiter Schichten der Gesellschaft beruht. Eine zentrale Gestalt in der Gewerkschaftsbewegung, die die Anliegen der "orde baru" in der Gewerkschaftswelt vertritt und durchzusetzen hilft, ist Agus Sudono⁶.

Sudono hatte schon 1971 eine Analyse der bis dato bestehenden Gewerkschaftsbewegung geliefert: Die Gewerkschaften seien politisch und finanziell nicht unabhängig, legten das Gewicht ihrer Arbeit auf politische und nicht auf sozioökonomische Fragen und seien gespalten⁷. FBSI wollte nun

diese Schwächen beheben: Sie erklärte sich in ihren Statuten für politisch unabhängig, wollte durch bessere Überwachung der Beitragszahlung ihre finanzielle Unabhängigkeit wahren, sich nur für sozioökonomische Ziele engagieren und der fürderhin einzige Gewerkschaftsbund bleiben.

Daß Letzteres auch erreicht würde, dafür sorgte die Regierung, die 1975 ein Gesetz zur Zulassung von Gewerkschaften nachreichte, das FBSI auf den Leib geschrieben war: Nur ein Gewerkschaftsbund, der in mindestens 20 Provinzen (von 26) aus je 15 Einzelgewerkschaften bestand, wurde als legal anerkannt. Es liegt auf der Hand, daß dieses Gesetz auf lange Sicht jede alternative Gewerkschaftsentwicklung unmöglich macht, was den Unabhängigkeitsanspruch von FBSI bereits relativiert. Formale Unabhängigkeit, von einer politischen Partei etwa, ist ja nicht gleichbedeutend mit politischer Unabhängigkeit, und Abstinenz von expliziter Ideologie bedeutet nicht selten stillschweigende Voraussetzung der herrschenden Ideologie. So zielt gerade der Slogan der "orde baru": "Entwicklung statt Politik" auf eine politische Enthaltensamkeit, die für Gewerkschaften in Entwicklungsländern, angesichts ihrer sozioökonomisch schwachen Position (dazu unten mehr), bereits fatal ist⁸. Auch die Absicht, FBSI durch Mitgliedsbeiträge zu finanzieren, scheiterte bisher – an den finanziellen Möglichkeiten der Mitglieder. Selbst ein noch so bescheidener Beitrag ist für einen Arbeiter, dessen Lohn nicht für das Notwendigste des täglichen Lebens reicht, zu viel⁹. Zu

viel auch angesichts der Tatsache, daß die Mehrheit der Mitglieder sich von FBSI nicht wirklich vertreten fühlt.

Natürlich erklärt FBSI nicht nur zu seinem Ziel, die Schwächen der Gewerkschaftsbewegung zu beheben, sondern sich auch für die Verbesserung der Situation der indonesischen Arbeitnehmer einzusetzen. Tatsächlich ist die überwiegende Mehrheit der indonesischen Arbeiter und Angestellten mit einer Fülle von Problemen konfrontiert. Es ist v.a. die hohe Arbeitslosigkeit, die alle anderen Probleme verschärft und daher etwas ausführlicher besprochen werden soll.

Arbeitslosigkeit

Letzterhältliche Zahlen bei einer Gesamtbevölkerung 1985 von 166,2 Mio. nennen für 1986 70 Mio. (1985: 67,9 Mio.) Erwerbsfähige, davon zählten 1986 66 Mio. (1985: 64 Mio.) zu den Erwerbstätigen (Labor Trends in Indonesia; Americ. Embassy, Aug. 1987). Für 1985 wird offiziell eine Arbeitslosenrate von 3 %, für 1986 eine von 4,86 % angegeben, es ist also ein rasanter Anstieg zu vermerken. Die absoluten Zahlen liegen aber wesentlich höher, da ein sehr großer Teil der Arbeitslosen nach den angewandten Kriterien (Arbeitszeit geringer als 1 Stunde pro Woche) überhaupt nicht erfaßt ist. Wesentlich höher noch liegt die Rate bei der *Unterbeschäftigung*.

Hier werden 38,8 % (1980) bzw. 19,9 % (1982) angegeben. Darunter fallen all diejenigen, deren Arbeitszeit in der Woche weniger als 35 Stunden beträgt. Z.B. können Hafendarbeiter in Tanjung



aus: Inside Indonesia No. 15 (Dez. '87), S. 18

"Der informelle Sektor bot bisher gewisse Kompensation für die mangelnden Möglichkeiten des formellen Sektors."

Priok durchschnittlich nur an einem Tag pro Woche zu einem Arbeitslohn von 2500 Rp (= 2,42 DM) arbeiten. Gegenwärtig bereits abzusehen ist, daß in den nächsten Jahren jährlich zwischen 1,7 und 1,9 Mio. Arbeitskräfte zusätzlich auf den Markt drängen werden. Dabei ist durch die finanzielle Krise die Erschließung neuer Arbeitsplätze zurückgegangen, so daß für 1987-88 etwa 1 Mio. potentielle beziehungsweise vorgesehene Arbeitsplätze nicht geschaffen werden konnten. Das hohe Maß, in dem die Militärregierung von Anbeginn an auf kapitalintensive Investitionen aus dem westlichen Ausland und Japan gesetzt hat (ein Trend, der von besorgten Indonesiern bis heute beklagt wird), schränkt die Möglichkeiten, der wachsenden Arbeitslosigkeit wirksamer zu begegnen, noch weiter ein. Zudem war das Jahr 1985 (durch den Rückgang einiger Industriezweige, z.B. Textil) von Massenentlassungen geprägt, die noch nicht wieder aufgefangen werden konnten.

Damit dürften die Fortschritte, die in den 70er Jahren gemacht worden sind (wenn auch von den Ölmilliarden bis zur Basis nur erschreckend wenig "durchsickerte"), zunichte sein. Um den Arbeitsmarkt zu entlasten, wird seit Anfang der 80er Jahre die Migration indonesischer Arbeitskräfte ins Ausland gefördert. Obwohl dies in ökonomischer Hinsicht Vorteile bringt (so ist das Lohnniveau in den Arbeitgebenden Ländern um ein Mehrfaches höher – im Falle von Saudi-Arabien um ein sechsfaches), so gibt es doch schwerwiegende Probleme. Vor allem haben die Arbeitskräfte keinerlei Schutz, sie sind nicht nur der Willkür der Arbeitgeber, sondern auch einer fremden Gesetzgebung ausgesetzt. Im Falle der Hausangestellten ist es zu gravierenden Problemen gekommen (bis hin zu Vergewaltigungen), um deren Lösung sich FBSI nicht bemüht hat. Dieser Weg jedenfalls – zu dem Schluß kommt eine Studie¹⁰ – wird für die Beschäftigungspolitik zweitrangig bleiben. Da auch der informelle Sektor, der bisher gewisse Kompensation für die mangelnden Möglichkeiten des formellen Sektors bot, von der Regierung in vielen Bereichen eingeschränkt, ja sogar bekämpft wird, muß mit einem Anstieg der Zahl an Menschen, die unterhalb der Armutsgrenze leben (Anfang der 80er Jahre 40 Prozent), gerechnet werden¹¹.

Löhne

Das gravierende Problem niedriger Löhne - niedrig sowohl nach regionalem als auch internationalem Standard - ist schon kurz angesprochen worden. Staatlich festgesetzte Mindestlöhne gibt es nicht, nur jeweils für die Region. Diese reichen von 450 Rp (= 0,43 DM) in Yogyakarta bis zu 1300 Rp (=1,25 DM) in Jakarta pro Tag. In Beziehung gesetzt zu dem ebenfalls nach Region ermittelten Existenzminimum (z.B. in Jakarta 43.000 Rp/Monat = 41,55 DM), ergibt sich das bestürzende Bild, daß die Löhne von 40-50 % der Arbeiter darunter liegen. Zwar sollen laut Fünfjahresplan bis 1988/89 die Mindestlöhne das Existenzminimum erreichen, doch ist schon jetzt abzusehen, daß dies nicht zu

Das Leiden der Arbeiter ist so offensichtlich schrecklich. Und obwohl es auch die FBSI gibt, die Pancasila-Regelungen der Arbeitsbeziehungen, die Schlagworte, die dieses und jenes sagen, – immer noch hat sich an der Notlage der Arbeiter nichts geändert. Ausgepreßt, unterdrückt, ohne Hilfe. Überall bemerken wir Exzesse, die das Los der Arbeiter erschweren. In Fabriken, auf Plantagen, in Werkstätten, auf Schiffen, in Geschäften – in all den vielen Arbeitsbereichen geschehen diese Vorfälle, nehmen zu, häufen sich an, alle ungeklärt. Wir beklagen die falsche und ungerechte Behandlung von indonesischen Arbeitern. Wir bedauern die Unfähigkeit des FBSI, solches aufzudecken und für das Los der tyrannisch mißbrauchten Arbeiter zu kämpfen. Wir verlangen, daß die entsetzliche Behandlung und die parasitären Praktiken, denen die indonesischen Arbeiter so inhuman ausgesetzt sind, beendet werden. Wir bitten alle von diesem lebenswichtigen Problem betroffenen Parteien, von diesen Vorfällen Kenntnis zu nehmen und sich zu bemühen, diese schrecklichen Praktiken abzustellen.

Merdeka v. 4.9. 1980 (engl. Version in: INDOC; "Indonesian Workers and their Right to Organise"; Leiden 1981, S. 143; Übersetzung: KM)

schaffen ist. Von Gewerkschaftsführern erhobene Forderungen nach Lohnerhöhung wurden immer wieder mit makroökonomischen Argumenten abgeschmettert. Große Unterschiede bestehen hinsichtlich der Löhne und sonstiger Arbeitsbedingungen zwischen Gelegenheitsarbeitern und Arbeitern in festen Arbeitsverhältnissen, bei diesen wiederum zwischen solchen in kleinen und in mittleren bzw. größeren Betrieben, in denen bereits Tarifverträge bestehen, wobei ausländische Firmen zwar wenige, aber besser ausgestattete Arbeitsplätze bieten (bis zu 150.000 Rp/Monat = 144,0 DM! – Labor Trends ..., 1987). Seit einigen Jahren bemühen sich Regierung und Gewerkschaften verstärkt um den Abschluß von Tarifverträgen: 1985 waren laut Bericht von SPSI 5412 Tarifverträge in Kraft. Nicht nur, daß auch dieser Bereich den Eingriffen des Arbeitsministers ausgesetzt ist – man muß sich auch vor Augen halten, daß sie nur einen verschwindend geringen Teil der Arbeitsverhältnisse einbeziehen.

Streiks

Streik gilt in der Tradition der Gewerkschaftsbewegung als das Kampfmittel, mit dem Arbeitnehmer für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen kämpfen können bzw., wie in Indonesien meist der Fall, gegen weitere Verschlechterung. Dieses Kampfmittel wird den indonesischen Arbeitnehmern verwehrt. Abgesehen davon, daß den Unternehmern ohnehin einige Möglichkeiten zur Verfügung stehen, sich Streiks zu entziehen (hohe Nicht- und Unterbeschäftigung, geringer Organisationsgrad), ist Streik zwar gesetzlich (mit Einschränkungen) zugelassen, aber de facto verboten. Der Arbeitsminister macht immer wieder unmißverständlich klar, daß er Streiks nicht zulassen wird:

"Going on strike is certainly allowed by law, but many people do not read the full text of this law which, by the way, is not yet operational because the measures necessary for its implementation have not been taken. Moreover, one must have permission to strike. And for sure I will not give permission to strike. Because (in my opinion), going on strike means applying principles of liberal thinking while we are already in the period of Pancasila Industrial Relations"

(Berita Buana v. 21.12. 1983, INDOC 1984).

Fälle, in denen streikende Arbeiter entlassen oder mit Entlassung bedroht werden, sind zahlreich. Die Gewerkschaften wehren sich nicht gegen solche Beschneidung ihrer Rechte, sie verfahren nach dem Motto: "Streik ist Luxus, und Luxus können wir uns nicht leisten" (Pelita v. 9.9. 1987). Die Streiks, die die Arbeiter dennoch unter hohem persönlichen Risiko wagen, finden meist ohne Beteiligung der Gewerkschaften statt, oder mit ihrem nachträglichen Eingreifen. Das allerdings zielt meist auf ihre Beendigung (Labor Trends ..., 1986; S. 14)¹². Dennoch nehmen Streiks zu: Wurde 1984 noch der Verlust von 62.000 Arbeitsstunden beklagt, so waren es 1985 schon 557.000 (ebd.).

Bei all diesen Problemen sehen sich die Arbeiter weitestgehend alleingelassen. Nicht, daß es nicht Gesetze gäbe, die umfangreiche Rechte (Organisations-, Streik-, Tarifrecht) und Schutzmaßnahmen, wie Verbot der Kinderarbeit u.a., sichern, oder Vertretungsrechte der Arbeiter in einer Vielzahl von Kommissionen – das Problem ist die

Durchsetzung all dieser Rechte. Zwar beliebt es dem Arbeitsminister, sich als "Vater und Held der indonesischen Arbeiter" titulieren zu lassen, der auch die Bildung von Gewerkschaften propagiert – aber eben solche in seinem Sinne und unter seiner Kontrolle! Er spart auch nicht mit fürsorglichen Äußerungen und greift gelegentlich zugunsten von Arbeitern ein, doch darf man von einer im Großen und Ganzen auf der Seite der Unternehmer stehenden und mit deren Interessen verquickten Regierung wohl kaum mehr als Feigenblätter erwarten. Auch von FBSI/SPSI ist keine wirkliche Interessenvertretung der Arbeiter zu erwarten, soviel ist sicher schon deutlich geworden. Einmal sind bei FBSI/SPSI nur ca. 5 % der Arbeiter und Angestellten¹³ organisiert, zum anderen sehen sie sich, wenn von einzelnen Versuche unternommen werden, Basisarbeit zu leisten, sehr rasch Behinderungen und Einschränkungen ausgesetzt. Und die Versuche, die unternommen werden, beschränken sich i.d.R. eher auf den Verhandlungsweg, auf Appelle; von einem Kampf für die Rechte der Arbeiter kann keine Rede sein.

Pancasila

Mangelnde bzw. fehlende Kampfbereitschaft ist Ausdruck der von der Regierung verordneten Klassenharmonie, verankert in der Pancasila-Ideologie. Von Sukarno vor 1945 entworfen, wurden die Pancasila Teil der Präambel der Verfassung von 1945 (seit 1959 wieder in Kraft). Die "fünf Pfeiler" lauten:

1. Glaube an Einen Allmächtigen Gott,
2. Gerechte und zivilisierte Humanität,
3. Einheit Indonesiens,
4. Demokratie,
5. Soziale Gerechtigkeit für das ganze indonesische Volk (vgl. H. Glaz in SOAI 1/86).

Pancasila hat in der Gewerkschaftsbewegung, solange sie sich ihre ideologischen Richtlinien mehr oder weniger eigenständig geben konnte, so gut wie keine Rolle gespielt. Auch in dieser Hinsicht wurde durch Agus Sudono in GASBIINDO die spätere Entwicklung eingeleitet: War in dem islamischen GB, aus dem GASBIINDO durch Umstrukturierung 1961 hervorgegangen war, der Islam noch die alleinige geistige Grundlage, so nahm GASBIINDO das Bekenntnis zu Pancasila bereits mit in seine Statuten auf, während FBSI, parteipolitisch und weltanschaulich ungebunden, nun Pancasila zur alleinigen geistigen Grundlage hat. Diese wurde im folgenden zur Gewerkschaftstheorie ausgebaut, erhielt den wohlklingenden Namen "Hubungan Industrial Pancasila" – HIP (bis 1985 HPP – Perburuhan statt Industrial; beides kann mit "Pancasila-Arbeitsbeziehun-



aus: TEMPO v. 7.3.'87

Was haben sie wohl gemeinsam?

Arbeiterrechte verweigert

Ein systematisches Programm von antigewerkschaftlicher Gesetzgebung durch die indonesische Regierung hat dazu geführt, daß mehr als der Hälfte der indonesischen Erwerbstätigen grundlegende Gewerkschaftsrechte vorenthalten werden. Das berichtet der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), der gegen die Regierung beim Internationalen Arbeitsamt offizielle Klage eingereicht hat.

In einem Brief an Francis Blanchard, Generaldirektor der ILO, schreibt der IBFG-Generalsekretär John Vanderveken, daß der IBFG seit einigen Jahren besorgt sei über "vermehrte Einmischung von Behörden und Unternehmern in Gewerkschaftsaktivitäten". Der Brief listet die Geschichte der repressiven Maßnahmen auf:

– 1971 wurden alle Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes gezwungen, entweder in eine einzige Organisation (KORPRI) einzutreten oder zu kündigen.

– Diese Maßnahme wurde 1974 auf alle Staatsbediensteten auf nationaler und regionaler Ebene ausgeweitet so-

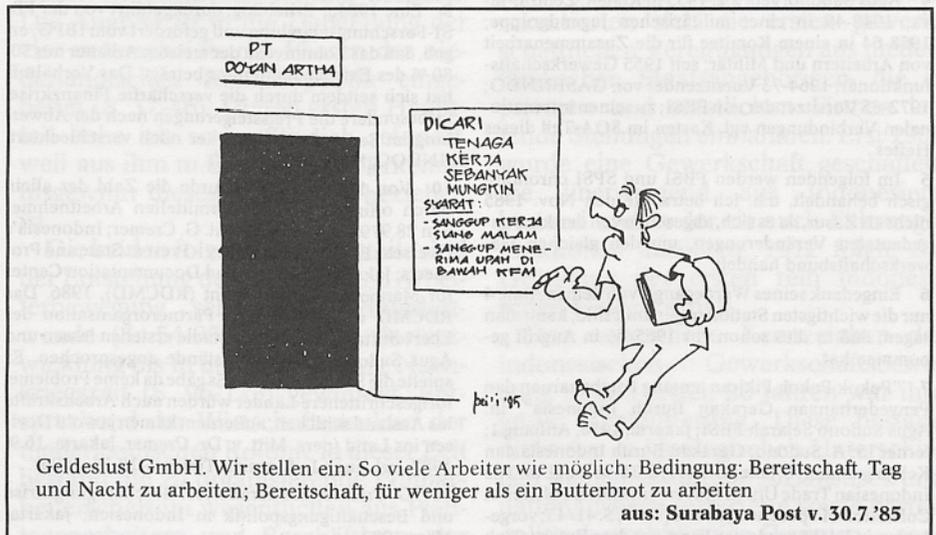
wie auf eine große Anzahl von Arbeiterinnen und Arbeitern in staatseigenen oder überwiegend in Staatsbesitz befindlichen Unternehmen.

– 1984 wurde die Definition des Öffentlichen Dienstes noch mehr erweitert, um Arbeiter in Privatfirmen, an denen der Staat beteiligt ist, zum KORPRI-Beitritt zu zwingen. Diese Maßnahme erfaßte große Teile des verarbeitenden Gewerbes in Indonesien.

– Dort, wo es noch unabhängige Gewerkschaften gibt, werden diese häufig von Verhandlungen über Arbeitszeiten und -bedingungen ausgeschlossen und auf "nicht mehr als Wohlfahrtsorganisationen der Arbeiter" (IBFG) reduziert.

Frühere Vorhaltungen, einschließlich eines Beschwerdebriefes im Anschluß an eine IBFG-Mission 1984, haben von Seiten der indonesischen Regierung keine zufriedenstellende Beantwortung erfahren. Der IBFG hat daher beantragt, den Fall vor das ILO-Komitee für Koalitionsfreiheit zu bringen.

Quelle: IBFG; Free Labour World v. 19.1.1988 (nach Inside Indonesia No. 14, April 1988, S. 30; Übersetzung: KIM)



Geldeslust GmbH. Wir stellen ein: So viele Arbeiter wie möglich; Bedingung: Bereitschaft, Tag und Nacht zu arbeiten; Bereitschaft, für weniger als ein Butterbrot zu arbeiten

aus: Surabaya Post v. 30.7.'85

gen" übersetzt werden) und lautet im Kern so:

"HIP ist ein System von Beziehungen, die zwischen den Akteuren des Produktions- und Dienstleistungsprozesses gebildet werden."¹⁴ Sie beruhen auf den Werten aller Pfeiler von Pancasila und der Verfassung von 1945. Sie sind aus der ethnischen Persönlichkeit und nationalen Kultur Indonesiens gewachsen. ...

1. *HIP beruht auf dem Glauben an Einen Allmächtigen Gott und ist eine Arbeitsbeziehung, die Arbeit als Hingabe des Menschen an Gott und seine Geschöpfe wertet.*

2. *Eine Arbeitsbeziehung, die auf Humanität beruht und die Arbeiter nicht als Produktionsfaktoren, sondern als Individuen mit eigener Würde und eigenem Charakter betrachtet.*

3. *HIP sieht zwischen Arbeitern und Unternehmern Interessengleichheit.*

4. *In der Pancasila-Arbeitsbeziehung muß jede Meinungsverschiedenheit auf dem Weg der Beratung (musyawarah) geregelt und ein Konsens (mufakat) angestrebt werden. Deshalb sind einseitige Maßnahmen wie Streiks und 'block-outs' u.ä. nicht mit HIP vereinbar.*

5. *Gemäß HIP müssen auch die Früchte der Arbeit den jeweiligen Opfern entsprechend gerecht und gleichermaßen genossen werden.*¹⁵

Daraus werden fünf Verantwortlichkeiten für die Arbeiter abgeleitet: "1. für Gott, 2. für Volk und Staat, 3. für die Gesellschaft, 4. für den Arbeiter und

seine Familie, 5. für den Unternehmer."¹⁶ In diesem Sinne sollen also die gesamten Arbeitsbeziehungen geregelt werden, sollen Tarifverträge abgeschlossen, Streiks beigelegt, die Arbeit in den Tripartite-Kommissionen (vgl. Anm. 14), Schlichtungskommissionen u.a.m. gestaltet werden.

So wie seit 1978 Pancasila in ihrer forcierten Auslegung¹⁷ für alle gesellschaftlichen Gruppen und Entscheidungsträger obligatorisch wurde, wurde es dies auch für die Gewerkschaften, sowohl für die Funktionäre als auch die Industriearbeiter. Die zu Indoktrinierungszwecken abgehaltenen Kurse kommen, nach Aussagen von Insidern, einer Gehirnwäsche gleich. Ihre Absolventen seien danach urlaubsreif. Um die Arbeitnehmer noch wirksamer kontrollieren zu können, müssen von ihnen außerdem noch Fragebögen ausgefüllt werden, in denen sie zu Religion, Pancasila, Gestapu (mehr als 20 Jahre danach!), Demonstrationen u.a.m. Stellung beziehen müssen (TAPOL No. 78, Dez. 1986). Und als sei die Verpflichtung der Gewerkschaft auf die Staatsideologie noch nicht genug, sie jeder eigenständigen Entwicklungsmöglichkeit zu berauben, ist durch HIP die Anbindung an den Regierungskurs noch verstärkt worden. HIP hat sich an die alle fünf Jahre neu verabschiedeten Staatsrichtlinien GBHN anzupassen, also alle fünf Jahre neu an den Regierungskurs. Dabei ist schon allein die Festlegung auf Pancasila als ideologische Grundlage für Gewerkschaften

fatal,¹⁸ weil Gewerkschaften Organisationen der Interessenvertretung einer Gruppe sind. Gemäß Pancasila wird aber Interessengleichheit aller gesellschaftlichen Gruppen postuliert – ein Postulat, das angesichts der bestehenden gravierenden gesellschaftlichen Ungleichheit seinem eigenen Anspruch Hohn spricht. Daß seitens FBSI/SPSI meines Wissens dagegen kein Protest erfolgt, ist nur ein Beleg mehr für deren Charakter als Regierungsinstrument.

Nach all diesen kritischen und entmutigenden Anmerkungen erhebt sich natürlich die Frage: Gibt es denn für die Zukunft gar keine Hoffnung, daß sich eine eigenständige Gewerkschaftsbewegung entfalten könnte? Einige Zeichen sprechen dafür, daß Arbeiter zunehmend versuchen, sich nicht einfach unterwerfen zu lassen. Unter den bestehenden sozioökonomischen Bedingungen und den gegenwärtigen Herrschaftsverhältnissen aber ist es der Regierung bisher leichtgefallen, diese Versuche zu unterdrücken. Das Ergebnis ist: eine miserable und sich noch verschlechternde wirtschaftliche Lage der Arbeiter, ein daraus resultierender schlechter Gesundheitszustand, unterdrückte Rechte, daraus resultierende mangelnde Möglichkeiten, für Verbesserungen zu kämpfen¹⁹. Die Aussicht, eine grundlegende Besserung der Lage zu erreichen, steht und fällt mit der Aussicht, das bestehende Regime grundlegend zu ändern – falls das überhaupt möglich ist.

Eva-Maria Schaarschmidt-Kohl

Anmerkungen:

1 Eine der eindrucklichsten Darstellungen, um nur eine aus der Fülle der Fachliteratur herauszugreifen, ist die von J. Southwood u. P. Flanagan; Indonesia: Law, Propaganda & Terror; London, 1983.

2 Zu den ersten Entwicklungen der "neuen Ordnung" siehe v.a. J.M. van der Kroef; Indonesia since Sukarno; Singapore, 1971.

3 Da manche der Gründungsmitglieder eher Briefkastenorganisationen waren, ist dies nicht ganz so verwunderlich, wie es auf den ersten Blick scheint.

4 Agus Sudono, geb. 2.2. 1933 in Klaten, Zentral-Java; 1948-49 in einer militärischen Jugendgruppe; 1958-64 in einem Komitee für die Zusammenarbeit von Arbeitern und Militär; seit 1955 Gewerkschaftsfunktionär; 1964-73 Vorsitzender von GASBIINDO; 1972-85 Vorsitzender von FBSI; zu seinen internationalen Verbindungen vgl. Kasten im SOA-Teil dieses Heftes

5 Im folgenden werden FBSI und SPSI chronologisch behandelt, d.h. ich betrachte den Nov. 1985 nicht als Zäsur, da es sich, abgesehen von den kurz angedeuteten Veränderungen, um den gleichen Gewerkschaftsbund handelt.

6 Eingedenk seines Wegedgangs, von dem in Anm. 4 nur die wichtigsten Stationen genannt sind, kann man sagen, daß er dies schon vor 1965/66 in Angriff genommen hat.

7 "Pokok Pokok Pikiran tentang Pembaharuan dan Penyederhanaan Gerakan Buruh Indonesia", in: Agus Sudono Sejarah FBSI; Jakarta, 1978, Anhang 1; ferner in: A. Sudono; Gerakan Buruh Indonesia dan Kebijaksanaanya; Jakarta, 1977, S. 38-55; engl. in: The Indonesian Trade Union Movement and its Policies. A Collection of Speeches; Jakarta, 1977, S. 41/45; vorgelesen in leicht gekürzter Form vor dem Rotary-Club

in Jakarta am 23.10. 1971 unter dem Titel: Renovation and Modernization of the Indonesian Labor Movement

8 Auch die Einbeziehung von Technokraten in die vom Militär geführte Regierung, die sich als unpolitisch verstehen und aufgrund ihrer fachlichen Qualifikationen berufen werden und eben nicht durch politische Entscheidungsprozesse in ihre Ämter gelangen, zielt auf eine Entpolitisierung. Zu Gewerkschaften in Entwicklungsländern vgl. Th. Mitschein; Die Dritte Welt als Gegenstand gewerkschaftlicher Theorie und Praxis. Zur Analyse der internationalen Politik metropolitaner Gewerkschaften; Frankfurt/New York: Campus Forschung, 1981

9 Eine 1984er Erhebung, durchgeführt von der FBSI-Forschungsabteilung und gefördert vom IBFG, ergab, daß das Lohnniveau der meisten Arbeiter nur 50-80 % des Existenzminimums beträgt. Das Verhältnis hat sich seitdem durch die verschärfte Finanzkrise, insbesondere die Preissteigerungen nach der Abwertung im September 1986, eher noch verschlechtert. (INDOC, März 1985, S. 27f)

10 Von 1983 bis 1985 wurde die Zahl der allein durch offizielle Kanäle vermittelten Arbeitnehmer von 28.979 auf 56.678 erhöht. G. Cremer; Indonesia's Overseas Employment Policy – Present State and Prospects; Jakarta: Research and Documentation Center for Manpower Development (RDCMD), 1986. Das RDCMD von YTKI, eine Partnerorganisation der Ebert-Stiftung hatte diese Studie erstellen lassen und Agus Sudono auf die Mißstände angesprochen. Er spielte die Sache herunter: Es gäbe da keine Probleme, fortgeschrittenen Länder würden auch Arbeitskräfte ins Ausland schicken, außerdem kämen ja wohl Devisen ins Land (pers. Mitt. v. Dr. Cremer, Jakarta, 16.9. 1987; vgl. auch Indonesian Times v. 18.12. 1985).

11 G. Cremer; Länderanalyse. Beschäftigungskrise und Beschäftigungspolitik in Indonesien; Jakarta, März 1987

12 Trotz der bisher beschriebenen widrigen Bedingungen, unter denen die Arbeiter leben, haben die Streiks nicht nur Lohnerhöhungen – oft auch schlicht die Forderung, ausstehende Löhne überhaupt gezahlt zu bekommen – zum Gegenstand, sondern auch solidarische Anliegen, wie Proteste gegen Entlassungen.

13 Der Kreis der Angestellten, die sich nicht gewerkschaftlich organisieren dürfen, sondern Mitglieder des Regierungsverbandes KORPRI werden müssen, wurde immer weiter ausgeweitet. Früher waren diesem Reglement nur die Angestellten in regierungseigenen Betrieben unterworfen, heute sind es bereits Angestellte in Betrieben, an denen die Regierung nur beteiligt ist (INDOC 1985, S. 17f).

14 In der Fassung für HPP stand: "Beziehungen zwischen Arbeitern, Unternehmern und der Regierung"; nach Vorbild der ILO-Struktur, vgl. Kasten im SOA-Teil dieses Heftes

15 Pedoman Pelaksanaan Hubungan Industrial Pancasila (HIP). Diterbitkan oleh YAYASAN TRIPARTIT NASIONAL, Jakarta 1987, S. 9 u. 12

16 laut HPP gelten diese Verantwortlichkeiten nur für die Arbeiter; ebd., S. 11

17 gesetzlich verankert in Undang-Undang Dasar – Pedoman Penghayatan dan Pengamalan Pancasila – GBHN Garis Besar Haluan Negara. Ketetapan MPR No. II/MPR/1983, Sekretariat Negara Republik Indonesia (Verfassung – Richtlinien für die Verwirklichung und Umsetzung von Pancasila – Staatsrichtlinien. Dekret Nr. II/MPR/1983, Der Staatssekretär), 1984, S. 25-34

18 Übrigens ist Pancasila allgemein als Herrschaftsideologie für das Staatswesen gefährlich, hauptsächlich, weil mit ihrer Hilfe Interessengegensätze unterdrückt statt auf vernünftige Weise ausgetragen werden.

19 Ob daran die kürzlich ins Leben gerufene Rechts-hilfeorganisation für Arbeiter etwas ändern kann, bleibt abzuwarten.